Nr. 246 Donnerstag, 25. November 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters.

Die Heldentat der Neu-Kommunisten bedroht die sozialistische Verwaltung Berlins.

Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenpresse beschäftigt sich heute mit fast ausschließlich langen Leitartikeln mit dem überraschenden Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth. Der Oberbürgermeister hat gestern an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Abschied erbittet. Die Begründung, daß dieser Rücktritt aus gesundheitlichen Rücksichten erfolge, ist keineswegs erschöpfend. Der Rücktritt des Oberbürgermeisters ist vielmehr durch die Haltung der Neu-Kommunisten politisch notwendig geworden. Die Beseitigung des Verwaltungsmannes, der bisher stets weitestgehendes Verständnis für die Aufgaben einer sozialistischen Kommunalverwaltung gezeigt hat, ist die erste große Tat der Neu-Kommunisten. Sie haben es zu verantworten, wenn eine politische Situation in Groß-Berlin entsteht, die die Bildung eines sozialistischen Magistrats überhaupt unmöglich macht und die Gemeinde Groß-Berlin selber in Frage stellt. Der Oberbürgermeister hatte bekanntlich in dem Elektrikerstreik eine kluge und abwartende Haltung eingenommen, ohne durch übereilte schärfere Maßnahmen die Parteien zu provozieren und die Arbeiter zu reizen. Dieses Verhalten haben ihm die bürgerlichen Parteien sehr übel genommen, und deshalb mehrere Mißtrauensanträge in der Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Demgegenüber haben die sozialdemokratischen Fraktionen am 16. November ein Vertrauensvotum eingereicht, das von allen sozialistischen Fraktionen unterzeichnet und angenommen werden sollte. Nach längerer Beratung kam ein Antrag zustande, der unter Ablehnung aller anderen Anträge dem Oberbürgermeister für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der unbemittelten Bevölkerung die Anerkennung aussprach. Dieser Antrag erhielt die Unterschriften der 3 sozialistischen Fraktionsvorstände. Für die Neu-Kommunisten hatte Herr Dörr unterzeichnet. Nun erhielten offenbar die Neu-Kommunisten plötzlich von ihrer illegalen Organisation oder direkt aus Moskau den Wink, daß sie nicht berechtigt seien, eine positive Mitarbeit für die sozialistische Gemeinde Groß-Berlin zu leisten, und sie erklärten deshalb in den letzten Tagen, daß sie das Vertrauensvotum nicht unterstützen könnten. Der Oberbürgermeister mußte deshalb bei der Abstimmung voraussehen, daß er keine sozialistische Mehrheit für sich erlangen könnte, da die Stimmen der beiden Fraktionen, der U. S. P. und der Rechtssozialisten, in der Gemeinde Groß-Berlin keine Mehrheit darstellen. Die Neu-Kommunisten haben also somit den Oberbürgermeister Wermuth gestürzt, und der Jubel der reaktionären Presse über den Sturz des als sozialdemokratisch verdächtigten Oberbürgermeisters kommt auf die Rechnung der Neu-Kommunisten. Sie werden es auch zu verantworten haben, wenn die Gemeinde Groß-Berlin an diesem ihrem politischen Kinderstreich nunmehr völlig scheitert und die Verwaltung wieder in die Hände der bürgerlichen Parteien übergeht.

Kahr will über die Einwohnerwehren verhandeln.

Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus München wird gemeldet, daß der bayrische Ministerpräsident Dr. von Kahr gestern nacht nach Berlin abgereist ist, um heute über die Frage der Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren mit der Reichsregierung zu verhandeln.

* * *

Was gibt's da noch zu verhandeln? Die Reichsregierung hat dem Vertreter der bayrischen Reaktion lediglich zu sagen, daß Bayern sich dem Reichsgesetz über die Entwaffnung zu fügen hat, wie jeder andere deutsche Gliedstaat.

Generalstreik in Ratibor.

Ratibor, 24. November. Gestern ist hier der Generalstreik erklärt worden. Alle Betriebe ruhen. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt wird durch die technische Nothilfe aufrechterhalten. Die Gewerkschaften stehen dem Streik fern. Die Arbeiterschaft fordert eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 Mk. Die Verhandlungen blieben bisher ohne Ergebnis.

Breslau, 25. November. Die Stadt Ratibor lag gestern infolge des Generalstreiks im Dunkeln. Die alliierten Truppen sind verstärkt worden. Die städtischen Betriebe wurden besetzt. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Das Programm der neuen österreichischen Regierung.

Wien, 23. November. Im Nationalrat entwickelte der Bundeskanzler Mayr das Programm der neuen Regierung, in dem er die wirtschaftliche Arbeit zur Lösung der Frage der Ernährung und der Geldentwertung als Hauptaufgaben erklärte. In der Besprechung des Verkehrswesens erklärte der Bundeskanzler, daß die zwischenstaatlichen Verkehrsbeziehungen, insbesondere mit den Nachfolgestaaten, zu Vereinbarungen namentlich hinsichtlich der allgemeinen Tarifbestimmungen ausgestaltet werden sollen. Im Bereiche der Handelspolitik werde die Regierung bestrebt sein, den Abschluß weiterer wirtschaftlicher Uebereinkommen mit dem Auslande fortzusetzen. Bezüglich des Schulwesens trete die Regierung für eine sachgemäße Schulreform ein, bei voller Wahrung des Religionsbedürfnisses der Kinderseele und ohne Verletzung des religiösen Empfindens des Volkes. Wegen der Arbeiten auf dem Gebiete der Justizverwaltung erinnerte der Bundeskanzler an das Verlangen nach einem neuen Strafgesetz und den Wunsch nach möglichster Angleichung der österreichischen Strafgesetzgebung an die des Deutschen Reiches. Bezüglich der äußeren Politik erklärte der Bundeskanzler: Wir wollen gute und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Staaten ohne Ausnahme, besonders freundschaftliche aber zu unserem großen Brudervolk, dem Deutschen Reiche, mit dem uns über alle Grenzen hinweg die engsten Bande des Blutes und eine durch Jahrhunderte bewährte Kulturgemeinschaft verbinden. Die loyale Einhaltung der Verpflichtungen des Friedensvertrages von St. Germain erachten wir innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeiten als selbstverständlich, doch auch unsere Rechte werden wir jederzeit geltend machen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf unser Recht bezüglich Westungarns. Unseren Nachbarn in den Nachfolgestaaten gönnen wir die errungene Unabhängigkeit, aber auch wir wollen auf die Wahrung unserer politischen Freiheit und Unabhängigkeit ebenso wie sie bedacht sein.

In der Debatte über die Regierungserklärung protestierte Abg. Dr. Bauer (Soz.) gegen die Ernennung Mensdorffs zum Vertreter Österreichs beim Völkerbunde, wobei er darauf verwies, daß Botschafter Fürst Lichnowsky in seinem Buch über die Tage des Kriegsausbruchs u. a. eine Szene schildert, die sich in der Viktoria-Station in London zugetragen habe, als er am 5. August nach der Kriegserklärung aus London abreiste. Graf Mensdorff habe sich mit seinem Stabe eingefunden, sei vergnügt gewesen, und habe Lichnowsky zu verstehen gegeben, daß er in England bleibe. Den Engländern sagte Mensdorff, Österreich habe den Krieg nicht gewollt, sondern das Deutsche Reich. (Lebhafte Entrüstung auf den Bänken der Sozialdemokraten und der Großdeutschen, der Großdeutsche Wagner ruft: Wenn das wahr ist, ist er ein Schuft!) Von diesem Vorwurf, fuhr Dr. Bauer fort, ist Mensdorff nicht gereinigt, und solange dies nicht der Fall ist, ist er als Vertreter der deutsch-österreichischen Republik ganz und gar nicht geeignet. Daß der Bundeskanzler trotzdem Mensdorff für geeignet befunden hat, ihn nach Genf zu entsenden, scheint mir mehr über diese Regierung Aufschluß zu geben, als das ganze Programm, das uns heute vorgelegt worden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten).

Die Lage im Osten.

Vorläufiger Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen.

TU. Berlin, 24. November. Zwischen Polen und Litauen ist ein zeitweiliger Waffenstillstand abgeschlossen worden.

Genf, den 24. November. Nach Telegrammen des Obersten Chardigny, des Chefs der Untersuchungskommission des Völkerbundes im Gebiete von Wilna, schlagen sich die Truppen des Generals Zeligowski und die litauischen Streitkräfte noch an verschiedenen Stellen der Front. Oberst Chardigny ist in Unterhandlungen mit den Behörden von Wilna getreten über die Aufnahme des vom Völkerbund entsandten internationalen Truppenkontingents und um die Volksabstimmung vorzubereiten, deren Modalitäten gegenwärtig vom Völkerbundsrat geprüft werden.

Kowno, 24. November. (Lit. Telegr.-Agentur). Auf Veranlassung der litauischen Regierung hat die Kontrollkommission des Völkerbundes die polnische Regierung ersucht, Bürgschaften dafür zu geben, daß die von General Zeligowski gegebenen Anordnungen, die Defensive zu beobachten, befolgt werden.

Warschau, 24. November. Die Regierung hat Weisung erteilt, sieben Jahresklassen zu entlassen. — Nach Blättermeldungen ist das Rücktrittsgesuch des Finanzministers Grabski angenommen worden.

Die Kämpfe im Südosten.

Konstantinopel, 24. November. Wie aus türkischer Quelle verlautet, haben sich die erbitterten Kämpfe in Armenien zugunsten der Armenier gewendet. Die Kemalisten wollen bedeutende Verstärkungen an die Front werfen. Auch bei Adana, Brussa und Smyrna ist die Lage der Kemalisten ungünstig geworden.

London, 24. November. Die Times meldet aus Teheran, englische Truppen hätten den Feind am 19. November bei Imamzade Dalhin auf der Strecke Kaswin—Resht angegriffen; die Bolschewisten hätten den Rückzug angetreten und etwa 100 Tote zurückgelassen. Die englischen Truppen hätten 6 Mann verloren. Am gleichen Tage hätten englische Flugzeuge Enseli bombardiert.

Genf, 24. November. Der Völkerbundsrat nahm Kenntnis von dem Beschluß der Versammlung, durch den der Rat eingeladen wird, eine Macht zu beauftragen, die nötigen Maßnahmen zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Armenien und den Kemalisten zu ergreifen. Er beauftragte das Generalsekretariat, eine Note an die Regierungen vorzubereiten.

Feldzug Mustapha Kemals gegen Griechenland?

O. E. Helsingfors, 24. November. Die Moskauer Prawda meldet, daß Mustapha Kemal Truppen zum Vormarsch an der griechischen Front bereitgestellt habe; er hoffe in Anbetracht der in Griechenland herrschenden Gärungen auf den Erfolg seiner Unternehmung.

Maßnahmen gegen die „Arbeitsflucht" in Rußland.

Nach einer Meldung aus Moskau sollen jetzt bei dem Kriegskommissariat zum Kampf mit der Fahnenflucht besondere Abteilungen zum Kampf gegen die Arbeitsflucht geschaffen werden. Diesen Abteilungen werden Vertreter der Arbeitskomitees, der Gewerkschaften, der Außerordentlichen Kommission und des Kommissariats zum Kampf mit der Fahnenflucht angehören. Diese neugeschaffenen Stellen sollen mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Fabrikleitungen und der Arbeitskomitees eine scharfe Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitszeit durch die Arbeiter üben, ferner sollen plötzliche Streifen in den Fabrikbetrieben zur Ermittlung der fehlenden Arbeiter angeordnet werden. Die Arbeitsflüchtigen sollen dem Gericht übergeben und alle Personen, die der Arbeitsflucht Vorschub geleistet haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Aufnahme Österreichs und Bulgariens in den Völkerbund?

Genf, 24. November. Nach den bisherigen Verhandlungen der 5. Kommission erscheint die Aufnahme von Oesterreich und Bulgarien als ziemlich gesichert. Das Aufnahmegesuch Oesterreichs wird im allgemeinen sympathisch aufgenommen und ruft kaum ernsten Widerstand hervor. Dagegen verlangen Serbien und Rumänien als Voraussetzung für die Zulassung Bulgariens die vorherige Erfüllung des Friedensvertrages und möchten überhaupt Bulgarien eine gewisse Probezeit auferlegen.

Der Anfang zum rechtssozialistischen Umfall?

Anerkennung der Orgesch?

Aus Dresden kommen wunderliche Meldungen. Die absterbende Regierung der Rechtssozialisten und Demokraten will danach in letzter Stunde noch ein Versöhnungsfest mit der Orgesch feiern. Von den Demokraten nähme das kein Wunder; sie waren ja längst zu Protektoren der Orgesch herabgesunken. Aber die Rechtssozialisten traten bisher als energische Bekämpfer der Orgesch auf und ihre Organe haben noch in diesen Tagen der Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens zugestimmt, daß die Bildung einer Orgesch-Regierung verhindert werden müsse. Und gerade in diesem Augenblick sollen die Minister Buck und Kühn die Friedenspfeife mit dem Organisator der Orgesch geraucht haben!

Lassen wir die Tatsachen sprechen!

Triumphierend berichten die „Ordnungs"blätter:

„Am Mittwochabend fand in Dresden die angekündigte geschlossene Versammlung statt, in der Forstrat Escherich die bekannten Ziele seiner Organisation darlegte. Ein Regierungsvertreter teilte darauf mit, daß die Regierung nach den Ausführungen Escherichs ein andres Bild von der Sache bekommen hätte und daß, soweit noch Unklarheiten beständen, diese zwischen der Regierung und der Landesleitung der Orgesch geklärt werden sollen."

Und ein eingehender Bericht des Leipziger Tageblatts meldet über die Vorgeschichte dieser „Erleuchtung":

Forstrat Dr. Escherich, der Begründer und Leiter der Orgesch, war heute in Dresden. Er hatte eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Buck und dem Minister des Innern Kühn, worüber die regierungsoffiziöse mehrheitssozialistische Dresdner Volkszeitung einen längeren Bericht bringt. Wir entnehmen diesem Bericht, daß Escherich den Ministern erklärte, es liege keinerlei Grund vor, seine Organisation zu verbieten, da sie lediglich der Bekämpfung von Putschen, einerlei, ob sie von rechts oder links kämen, bezwecke. Die Behauptung, daß er und seine Organisation mit dem Major Bischoff, Hauptmann Pabst, Oberst Bauer usw. Verbindungen unterhalte, sei unwahr: Gerade das Gegenteil sei richtig, er werde von diesen Leuten auf das erbittertste bekämpft, weil er ihnen jede Möglichkeit genommen habe, ihre Pläne zu verwirklichen. Die „Orgesch" verwerfe jeden monarchistischen Putsch, auch in Bayern. Ihr sei es zu verdanken, daß ein Rechtsputsch überhaupt nicht mehr möglich sein werde. Nach dem Abkommen von Spa sei die ganze Organisation auf eine friedliche Basis umgestellt worden. Die bayrische Einwohnerwehr sei aus der Organisation herausgetan, damit man nicht gegen den Friedensvertrag verstoße. Die „Orgesch" sei eine unbewaffnete Organisation, die alle verfassungstreuen Elemente zusammenfasse. Jeden Anschlag auf Verfassung und Regierung abzuwehren, sei Zweck der „Orgesch".

Demgegenüber behauptete Minister Kühn, daß die „Orgesch" in Sachsen ein andres Gesicht habe, und daß sie, wenn die Darstellung Escherichs zutreffe, sich hier nur seines Namens bediene. Er wies besonders darauf hin, daß die ganze Organisationsarbeit geheim gehalten werde. Besonders provoziere sie die Gegenseite. Auch der innige Zusammenhang der „Orgesch" mit den Kappisten sei in Sachsen nachgewiesen. Die Fäden der „Orgesch" liefen im Dresdner Bürgerrat zusammen. Unterirdischen Organisationen werde die Regierung nötigenfalls mit Gewalt entgegentreten.

Ministerpräsident Buck war der Ansicht, daß die „Orgesch" gegen Art. 177 des Friedensvertrags verstoße, wenigstens so, wie sie in Sachsen organisiert sei.

Demgegenüber betonte Forstrat Escherich nochmals ausdrücklich, daß er es sehr begrüßen würde, wenn man in Sachsen die Arbeit der „Orgesch" in aller Oeffentlichkeit betreiben könne. Dann würde jeder erkennen, daß sie nur ehrliche, offene Ziele zum Schutze der Regierung und Verfassung verfolge. Gegen diejenigen, die gegen Verfassung und Gesetz verstoßen, möge die Regierung mit allen Machtmitteln vorgehen. Er gebe die ausdrückliche ehrenwörtliche Erklärung ab, daß die „Orgesch" niemals gegen die Regierung und nie etwas gegen die Verfassung unternehmen würde. Mitglieder und Führer wären durch Ehrenwort verpflichtet, nie vom Boden des Rechts abzugehen.

Nachher sprach Forstrat Dr. Escherich vor einem Kreise geladener Gäste nochmals über seine Ziele, wobei er noch mit allem Ernst hervorhob, daß die Organisation lediglich den Schutz der Regierung und der Verfassung bezwecke. Jede gewaltsame Umwälzung werde von ihr auf das äußerste bekämpft und, soweit sie von rechts komme, sei sie durchaus unmöglich. Ferner betonte er, daß es nur der „Orgesch" zu verdanken sei, wenn heute ganz Süddeutschland unbedingt treu zum Reiche stünde und Lostrennungsbestrebungen nicht die leiseste Grundlage mehr in Bayern oder in Süddeutschland fänden. Hinter dem Grafen Bothmer ständen nur einige wenige, das ganze Volk aber stände hinter der „Orgesch" und damit zum Reiche und zur Verfassung."

Diese Meldung des Leipziger Tageblatts fußt auf einem Bericht der rechtssozialistischen Dresdner Volkszeitung, den wir noch nicht einsehen konnten. Am Schlusse ist ihm auch im Tageblatt die oben zuerst wiedergegebene Nachricht angefügt, daß ein Vertreter der Regierung in der Escherich-Versammlung die bewußte Erklärung abgegeben habe, die auf die Kapitulation vor der Orgesch hinausläuft. Wir nehmen vorerst an, daß diese Meldung nicht auf die Dresdner Volkszeitung zurückgeht und daß also die Möglichkeit bleibt, die „Ordnungs"presse habe die Aeußerungen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201125/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG